Reichsminister der Finanzen.

Berlin, den 11. April 1923.

III C 4357.
I B 9491.

S o f o r t !

Um die Stützungsaktion der Mark nicht zu gefährden, ist eine Erhöhung der laufenden Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs abgelehnt worden. Damit jedoch ihren berechtigten wirtschaftlichen Interessen Rechnung getragen wird, sollen sie eine einmalige Zuschusszahlung in der Weise erhalten, dass Beamte ab 14. April $\frac{3}{4}$ eines Monatseinkommens, berechnet nach dem Stande vom 1. April ds. Js. und ab 15. Mai $\frac{1}{4}$ eines Monatseinkommens, berechnet nach dem Stande vom 1. Mai d. Js., ausgezahlt erhalten. Entsprechendes gilt für Ruhegehaltsempfänger, Pensionäre, Angestellte und Arbeiter.

Mit Rücksicht darauf, dass es sich hierbei um eine Sonderzahlung neben den laufenden Bezügen handelt, sind von ihr nach § 46 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes 10 v.H. ohne Berücksichtigung der Ermässigungen als Steuerabzug einzubehalten. Die zur Verordnung vom 15. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 118) erlassene Bekanntmachung vom 16. Februar 1923 (Reichsministerialbl. S. 193, Reichsbesoldungsbl. S. 79) unter II 2, 3 findet keine Anwendung, da sie sich nur auf laufende Gehaltsbezüge bezieht.

Ich ersuche ergebenst, die Oberfinanzkassen sofort mit Anweisung wegen der Vornahme des Steuerabzugs zu versehen. Auf den Vermerk im Reichsbesoldungsbl. (S. 112) wird Bezug genommen.

Im Auftrage

Unterschrift.

Allen Vorständen der
untern und nachgeordneten
Behörden.

Der

Lanzetta (Stempel)

III